

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

36. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 10. September 2009

(16.01 Uhr bis 23.38 Uhr)

6.	Frankfurt zu einem Vorreiter auf dem Gebiet der Elektromobilität machen.....	49
	Bericht des Magistrats vom 03.08.2009, B 638	
	Stadtverordneter Jan Schneider, CDU:	49
	Stadtrat Markus Frank:.....	51
	Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	54
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	56
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	58
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:.....	59
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	61
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	62
7.	Aussetzung der Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses vom 18.12.2007.....	62
	Antrag der FAG vom 10.08.2009, NR 1497	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD und der FAG vom 27.08.2009, NR 1527	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD und der FAG vom 27.08.2009, NR 1528	
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	62
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	65
	Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:	67
	Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, CDU:	69
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	72
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	73
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	74
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	76
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	77
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	80
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	81
	Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, CDU:	81
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	81
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	81
8.1	Verbesserung des Mietspiegels	82
	Antrag der SPD vom 20.05.2009, NR 1407	
8.2	Mietspiegel Frankfurt am Main 2008	
	Tabelle der ortsüblichen Vergleichsmieten für das Gebiet der Stadt Frankfurt am Main	
	Stand: Juni 2008	82
	Bericht des Magistrats vom 14.04.2009, B 220	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 24.06.2009, NR 1455	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 27.08.2009, NR 1523	
	<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 6 vom 19.05.2009, OA 905	
	<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 16 vom 19.05.2009, OA 911	
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	82
	Stadtrat Edwin Schwarz:	84
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:	87
	Stadtverordneter Lothar Stapf, CDU:.....	89
	Stadtverordnete Elke Sautner, SPD:	90
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	92

Jeder sollte genau prüfen, wer sich auf Dauer damit binden oder verbinden will.

Die Parteigeschichte der SPD lässt grüßen.

(Beifall)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, dass Sie mir so lange zugehört haben. Gerade aber das letzte war mir schon ein persönliches Anliegen, weil es nach meiner Meinung knüppeldick ist, von willfährigen Juristen zu sprechen, denn dabei ist ein Stück weit auch meine Berufsehre tangiert. Besten Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Dr. Kraushaar! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran, ÖkoLinX-ARL.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Hallo!

Es ist ausgezeichnet, dass ich nach Ihnen reden kann. Ihre Rede hatte ja fast schon eine Dialektik. Der Schluss war natürlich grausam, ätzend. Das hätten Sie doch gar nicht nötig gehabt.

(Zurufe)

Diese harmlose Gruppe dort ist doch nicht der Nachlassverwalter der SED, und das aus verschiedenen Gründen.

(Zurufe)

Das ist doch in mehrfacher Hinsicht eine Beleidigung, das muss nicht sein. Zur Beurteilung der Richter muss ich sagen, dass sie doch gar nicht so daneben gelegen hat. Wer ernennt denn diese Richter? Das sind doch Parteien. Ob sie nun Willkürrichter sind, okay, über den Begriff mag man sich streiten, aber zumindest glaube ich nicht, dass sie unparteiisch sind.

(Beifall)

Aber das ist ein Nebengleis, ich will auf etwas ganz anderes hinaus. Darin liegen wir manchmal gar nicht so weit auseinander. Ich finde es immer wieder erstaunlich, den Kollegen Oesterling hier zu hören. ‚Die Entscheidung war ein guter Tag. Für wen? Nicht für die Bürgerinitiativen und nicht für die Gegner dieses Ausbaus des Flughafens. Es war eine Niederlage, eindeutig eine Niederlage, und nichts anderes. Und wenn man Opposition so betreibt, dass man die Realität völlig ausblendet und völlig verbiegt, dann weiß ich nicht, was Opposition sein soll. Dieses Urteil bedeutet eine Sechs-Stunden-Nacht, wenn überhaupt.‘

Ich komme später noch darauf zu sprechen. Es ist schon einmal kein konsequentes Nachtflugverbot, bei sechs Stunden Schlaf, wenn es denn überhaupt so wäre. Aber es ist ja nicht einmal so.

Dieses Urteil ist zunächst einmal ein Urteil für mehr Vergiftung und Verlärmung in dieser Region, aber, und da muss ich Herrn Kraushaar und der Oberbürgermeisterin recht geben, man sollte einfach anerkennen, dass das Urteil eben kein Urteil für einen konsequenten Lärmschutz ist. Man betrügt sich doch selber, wenn man das hier vertritt, auch die FAG. Es kann doch nicht wahr sein, darin steht: ‚keine geplanten Nachtflüge.‘

Das ist so dehnbar wie Kaugummi, damit ist überhaupt nichts festgezurr, nicht einmal in dieser kläglichen Zeit von sechs Stunden. Es stimmt, es ist keine Rechtssicherheit vorhanden. Wir haben ganz verschiedene Positionen zu dem Ausbau des Flughafens, aber in diesem Punkt gebe ich der Oberbürgermeisterin recht. Es ist nun einmal so. Man muss doch nicht ein Gericht auf seine Seite ziehen, wenn es nicht auf unserer Seite ist, sondern wir müssen weiterkämpfen, dass wir ein wirklich konsequentes Nachtflugverbot bekommen.

Dieser Antrag NR 1527 der FAG- und der SPD-Fraktion ist insofern für mich nichts anderes als Realitätsleugnung. Das muss man einfach so feststellen. Ich finde es fatal, dass so etwas hier in die Landschaft gesetzt wird, weil es uns in dem Kampf für ein Nachtflugverbot nicht weiterbringt.

Es wäre besser, wenn hier die Fronten klar wären, wenn man das klar benennen und klar sagen würde, was dieses Gerichtsurteil bedeutet. Man könnte den Kampf auf eine ganz andere Grundlage stellen. Mehr gibt es hierzu eigentlich nicht zu sagen.

Zu der Frage der Meinungsfreiheit der Oberbürgermeisterin: Gut, auf der einen Seite stimmt es, was Sie sagen. Natürlich kann man das alles so interpretieren, auf der anderen Seite vertreten Sie die Stadt Frankfurt, und dabei haben Sie auch eine Verpflichtung. Die Meinung ist ja hier in diesem Punkt wenigstens etwas, was hier als konsequent bezeichnet werden kann, dass Sie hier vertreten wird.

Und bei einer so polarisierten Debatte ist das schon eine Äußerung - dass die Revision zulässig ist und dass man sie machen sollte -, die von der Position der Stadt Frankfurt abweicht, egal, ob man das als rechtsunsicher oder rechtssicher bezeichnet. Ich gebe Ihnen insofern recht, dass es keine Rechtssicherheit bietet, ich glaube aber, es wird auch nicht dadurch klarer, dass man bis zum Bundesverwaltungsgericht geht. Es wird dadurch klarer, dass endlich politische Entscheidungen getroffen werden - auch von der CDU, auch von der Landesregierung -, die klar sagen, dass die Menschen wenigstens in dieser Zeit, in diesen sechs Stunden, ihre Ruhe haben sollen, auch wenn wir ansonsten dem Ausbau und der Zerstörung dieser Region weiter zustimmen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktionsvorsitzenden der FDP, Frau Stadtverordneter Rinn. Bitte!

Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Wir haben heute eine etwas kuriose Tagesordnung. Vorhin haben wir einen Punkt diskutiert, zu dem es eigentlich nichts zu debattieren gab, weil er unstrittig war, und jetzt diskutieren wir einen Punkt, zu dem wir nichts zu entscheiden haben, weil dieses Parlament in der Frage keinerlei Entscheidungsbefugnis hat.

(Beifall)

Es ist zunächst einmal festzuhalten, dass die Gegner des Flughafenbaus mit ihrem Vorhaben, den Ausbau juristisch zu verhindern, gescheitert sind.

(Beifall)

Damit sind Zehntausende von Arbeitsplätzen in dieser Region gerettet. Das ist gut so und - das hat auch Herr Zieran soeben schon festgestellt - eindeutig ein Triumph der Befürworter dieses Ausbaus, zu denen wir ausdrücklich gehören.

Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat abermals festgestellt, dass der Ausbau des Frankfurter Flughafens im öffentlichen Interesse liegt. Des Weiteren hat der VGH bestätigt, dass die Nachfrage am Frankfurter Flughafen weiter ansteigen wird und somit der Bau der neuen Landebahn gerechtfertigt ist. Das ist die eigentliche Botschaft und Quintessenz dieses Urteils, das sollten die Verantwortlichen in dieser Stadt ausdrücklich begrüßen, was sie auch weitestgehend getan haben.

(Beifall)

Das ist letztlich auch ein großer Erfolg für die Stadt, nicht nur wegen der Arbeitsplätze, die durch diesen Ausbau geschaffen werden, sondern auch, weil es ohne den Ausbau überhaupt keine Lärminderung in der Nacht geben würde. Das muss man immer wieder einmal feststellen. Darüber hinaus sieht der VGH, der zu diesem Thema auch gerne hinzugezogen wird, in der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung keinen Grund, den Ausbau des Flughafens infrage

6.	Frankfurt zu einem Vorreiter auf dem Gebiet der Elektromobilität machen.....	49
	Bericht des Magistrats vom 03.08.2009, B 638	
	Stadtverordneter Jan Schneider, CDU:	49
	Stadtrat Markus Frank:.....	51
	Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	54
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	56
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	58
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:.....	59
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	61
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	62
7.	Aussetzung der Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses vom 18.12.2007	62
	Antrag der FAG vom 10.08.2009, NR 1497	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD und der FAG vom 27.08.2009, NR 1527	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der SPD und der FAG vom 27.08.2009, NR 1528	
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	62
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	65
	Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:	67
	Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, CDU:	69
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	72
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	73
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	74
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	76
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	77
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	80
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	81
	Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, CDU:	81
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	81
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	81
8.1	Verbesserung des Mietspiegels	82
	Antrag der SPD vom 20.05.2009, NR 1407	
8.2	Mietspiegel Frankfurt am Main 2008	
	Tabelle der ortsüblichen Vergleichsmieten für das Gebiet der Stadt Frankfurt am Main	
	Stand: Juni 2008	82
	Bericht des Magistrats vom 14.04.2009, B 220	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 24.06.2009, NR 1455	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 27.08.2009, NR 1523	
	<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 6 vom 19.05.2009, OA 905	
	<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 16 vom 19.05.2009, OA 911	
	Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	82
	Stadtrat Edwin Schwarz:	84
	Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:	87
	Stadtverordneter Lothar Stapf, CDU:.....	89
	Stadtverordnete Elke Sautner, SPD:	90
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	92

(Beifall)

So sollten auch Kriterien einbezogen werden, wie beispielsweise ein Gewerbegebiet oder eine Hauptverkehrsstraße, bei welchen es nach der Rechtsprechung Möglichkeiten gibt, Miete zu mindern und wiederzuspiegeln. Hier müssen Sie beim nächsten Mietspiegel noch nachbessern, und wir gehen davon aus, dass das auch gemacht wird, damit er für jemanden, der den Mietspiegel zurate zieht und beurteilen will, wo er hinzieht, eine verlässliche Grundlage darstellt. Ich wünsche Ihnen ein glückliches Händchen und hoffe, dass sich die Vorschusslorbeeren, die das neue Institut bekommt, bewahrheiten. Ich glaube es nicht so ganz, denn das bisherige Institut war nicht so schlecht. Sie haben gut gearbeitet, und sie haben in der Vergangenheit immer die Veränderungen des Wohnungsmarktes in die Mietspiegel aufgenommen. Ich wünsche diesem Mietspiegel alles Gute und freue mich auf den nächsten. Ich glaube allerdings nicht, dass die FDP dann eine andere Einstellung zum Mietspiegel hat, denn eigentlich möchte sie gar keinen Mietspiegel.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gert Trinklein:**

Danke schön, Frau Stadtverordnete Sautner!
Herr Zieran, Sie haben das Wort. Bitte sehr!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:**

Ich möchte unser Votum zum FDP-Antrag NR 1523 ändern. Wir lehnen den Antrag in Gänze ab.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gert Trinklein:**

Danke, das nehmen wir zur Kenntnis.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe die Aussprache. Ich lasse nunmehr über die mit den Ausschussberichten vorgelegten Empfehlungen mit den Änderungen von Herrn Stadtverordneten

Zieran zu den Tagesordnungspunkten 8.1 und 8.2, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt sind, abstimmen. Wer den Ausschussberichten unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den Ausschüssen beziehungsweise der schriftlich vorliegenden Voten der fraktionslosen Stadtverordneten zuzustimmen wünscht, den bitte ich um den bitte ich um das Handzeichen. Ich stelle fest, dass die Ausschussberichte angenommen sind. Ich schließe den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 9.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gert Trinklein:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9., Schaffung Arbeitsplätze, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 1498 der LINKE.-Fraktion mit dem Betreff „Schutzschirme für Menschen - Systemkrise bekämpfen - Arbeitsplätze schaffen!“ Die LINKE.-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass die beteiligten Fachausschüsse empfehlen, die Vorlage NR 1498 um eine Runde zurückzustellen. Dennoch soll die Vorlage heute zur Aussprache kommen. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Viehl von der LINKE.-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl,
LINKE.:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Im August 2009 waren 32,1 Prozent der Arbeitslosen in Frankfurt Langzeitarbeitslose. Das bedeutet Armut, Ausgrenzung und Entwürdigung. Diese Menschen haben so gut wie gar keine Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt, denn es fehlen bundesweit nach wie vor Millionen von Arbeitsplätzen. Da haben alle diejenigen Erwerbslosen das Nachsehen, die aus den verschiedensten Gründen lange Zeit keiner Beschäftigung nachgehen konnten. Zur gleichen Zeit gibt es aber viele dringende gesellschaftliche Auf-

9.	Schutzschirme für Menschen - Systemkrise bekämpfen Arbeitsplätze schaffen!.....	92
	Antrag der LINKE. vom 11.08.2009, NR 1498	
	Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl, LINKE.:.....	92
	Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:.....	95
	Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:.....	96
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	97
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:.....	99
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	100
10.	Parkhaus AirRail-Center.....	101
	Antrag der FAG vom 22.07.2009, NR 1492	
11.	Auf Mindereinnahmen endlich reagieren!.....	101
	Antrag der Freie Wähler gemäß § 17 (3) GOS vom 31.08.2009, NR 1529	
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	102
	Stadtkämmerer Uwe Becker:	104
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	105
12.	Sofortige Hilfe für den Verein Tiertafel e. V. - Weil Armut jetzt auch den Futternapf erreicht	106
	Antrag der LINKE. vom 09.07.2009, NR 1482	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 25.08.2009, NR 1510	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 01.09.2009, NR 1531	
	Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:	106
	Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:.....	108
13.	Beteiligung von Kommunen an der Gewerbesteuer der Fraport AG.....	108
	Antrag der FAG vom 06.08.2009, NR 1495	
14.	"Mehr Wille zur Gestaltung"	
	- Goetheplatz optisch aufhellen durch grauweißen Natursteinsplittbelag	
	- Ödnis nördlich des Goethedenkmals durch dauerbegrünte Hochbeete auflockern	
	- Vorschläge für die Position eines Gastronomiepavillons auf dem Rathenauplatz erarbeiten.....	108
	Antrag der Freie Wähler vom 15.06.2009, NR 1436	

Welches Problem damit gelöst werden soll, wenn aus gutem Grund in private Hände gelegte Aufgaben wieder von der Stadt übernommen werden, hat uns die LINKE. nicht erklärt. Es wird damit nur erreicht, dass es teurer wird. Es ist uralte Erfahrung, dass der Staat und die Stadt in allen Bereichen, die nicht unmittelbare Hoheitsverwaltung darstellen, weniger effizient und mit höheren Kosten für den Steuerzahler arbeiten. Die LINKE. versucht den Wählern vorzugaukeln, es wäre irgendjemand anderes dieser Steuerzahler, der dafür die Zeche zahlen soll. In Wahrheit ist das der Wähler, derselbe, den Sie ansprechen, denn das Steuergeld fällt nun einmal nicht einfach vom Himmel. Beamte sind darauf spezialisiert, staatliche Aufgaben der Steuerung und Kontrolle zu erfüllen. Dabei sind sie sehr gut. Für alle anderen Aufgaben lehrt uns die Wirtschaftsgeschichte, dass die Beamten dafür nicht so gut sind, sondern dass private Unternehmen es besser können, dass sie mit geringeren Kosten bessere Leistungen erbringen und damit der allgemeine Wohlstand erhöht wird.

(Beifall)

Die privaten Unternehmer sind hoch motiviert, mit geringen Kosten zu arbeiten und mit geringen Kosten gute Leistungen zu erbringen, weil sie persönlich den Nutzen davon haben und persönlich das Risiko tragen.

(Zurufe)

Überall dort, wo der Staat selbst die Produktion und die Dienstleistung übernommen hat, ist er daran gescheitert. Ich habe es schon oft gesagt, die DDR ist dafür das allerbeste Beispiel. Das gilt nicht nur für die gesamte Wirtschaft, sondern auch für die allermeisten einzelnen Aufgaben. Deswegen ist es nicht sinnvoll, wenn die Stadt - wie sie es schon einmal getan hat - Mittagessen kocht, sich als Winzer betätigt oder als Bauunternehmer aktiv wird. Es ist übrigens auch nicht wirklich sinnvoll, wenn der Staat Bankgeschäfte betreibt. Die Finanzkrise, die hier in der Begründung dieses Antrags angeführt wird, ist dafür das beste Beispiel. In Deutschland waren es Banken, die dem Staat gehören oder von ihm kontrolliert werden, die wesentliche Täter waren.

(Zurufe)

Bei der großen Blase, die vor zwei Jahren geplatzt ist, hat die IKB, mehrheitlich von der bundeseigenen KfW gehalten, das große Rad gedreht und ist als erste damit aufgefliegen. Es waren die Landesbanken, die diese faulen Wertpapiere im großen Stil aufgekauft haben, womit schlechte amerikanische Hypothekendarlehen verschoben worden sind. Die Verantwortung dafür, dass Banken unverantwortliche Risiken außerhalb ihrer Bilanz eingehen konnten, liegt ganz entscheidend bei der staatlichen Aufsicht, die dabei ebenso komplett versagt hat, wie die Aufsichtsgremien in den Banken selbst. Das kommunistische Wahlprogramm ist deswegen mit Sicherheit der falsche Weg aus der Krise. Der beste Weg aus der Krise ist es, wenn der Staat seine eigenen Aufgaben erfüllt und sie besser erfüllt, als er es bisher schon getan hat, und das Wirtschaften seinen Bürgern überlässt.

Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Gert Trinklein:**

Danke schön, Herr zu Löwenstein! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Herr zu Löwenstein, wenn man von der DDR und dem Kommunismus redet, dann sollte man wissen, wovon man redet. Das war völlig daneben. Mit Kommunismus hat dieser Antrag überhaupt nichts zu tun. Der Antrag hat etwas damit zu tun, dass er zumindest versucht - die Überschrift trifft es nicht ganz, das schafft er nicht, er kann keine Arbeitsplätze schaffen -, die Unmenschlichkeit der Arbeitsbedingungen im kapitalistischen System einzudämmen. Das haben Sie anscheinend überhaupt nicht im Kopf. Für Sie gibt es nur die ideologische Zweifelt, hier der

Staat und hier Private. Dass auch der Staat der Staat des Kapitals ist, wissen Sie vielleicht nicht. Man kann darüber reden, dass der Staat ineffizient gewirtschaftet hat. Nur umgekehrt, schauen Sie sich doch einmal die Privatisierungen in Europa an. Das schönste Beispiel ist die Bahn in Großbritannien. Die Bahn ist privatisiert worden, und sie ist kaputt privatisiert worden, weil nämlich der private Investor alles Geld herausgezogen hat, es an die Aktionäre gegeben hat, aber nichts in die Gleisanlagen, die Löhne und die Arbeitsbedingungen dieser Menschen hereingesteckt hat.

(Beifall)

Wenn das Ihr politisches Ziel ist, bitte. Aber die Kritik am Antrag ist insofern völlig daneben. Wenn man überhaupt Kritik an dem Antrag haben kann, dann würde ich sie so äußern, dass der Antrag keine Arbeitsplätze schafft, und er transportiert die Illusion der Arbeitsgesellschaft. Die Arbeitsgesellschaft ist meiner Meinung nach am Ende. Es wird keine Vollbeschäftigung mehr geben. Wir haben einen Kapitalismus, der auf dem Höhepunkt oder auf einem ziemlich starken Höhepunkt der technologischen Entwicklung ist. Die Produktivkräfte sind so entwickelt, dass es gar nicht mehr geht, alle in Arbeit zu bringen. Dem muss man sich stellen. Da muss man als Linkspartei dann auch sagen, ob man grundsätzlich gegen die Unmenschlichkeit ist, dann muss man auch die Lohnarbeit abschaffen wollen. Aber ich weiß, das ist ein längerfristiges Ziel. Insofern ist der Antrag zu verstehen. Nur, er wird keine Arbeitsplätze sichern. Aber er hat eine wichtige Funktion bei der Frage der Rekommunalisierung. Mir ist es scheißegal, ob das im Bundeswahlprogramm steht oder nicht.

Kommen wir zum Beispiel der Rekommunalisierung. Sie liegen völlig daneben. Sie haben keine Ahnung, was passiert. Energieversorgung, wer zerstört denn hier die Leitungen in der Bundesrepublik Deutschland? Wir haben Energiemonopole, in diese Leitungen wird kein Geld gesteckt. Die Leitungen sind so marode, dass sie beim ersten scharfen Winter brechen. Warum? Weil keine Mittel in die Masten und die Leitungen investiert worden sind und sie entsprechend nicht zukunftssicher gemacht

worden sind. Ganz zu schweigen davon, dass die Leitungen noch nicht einmal so weit entwickelt worden sind, um dort erneuerbare Energien einführen zu können. Das heißt, wenn es um Gemeinwohl und die Gemeinschaft geht: In so einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland gibt es zentrale wirtschaftliche Bereiche, die kann nur der Staat für alle Kapitalfraktionen gemeinsam verwalten, und dann kommt etwas dabei heraus. Wir brauchen die Rekommunalisierung in bestimmten Bereichen. Reden wir doch einmal über Frankfurt: Sodexo ist doch eine Katastrophe, dieser Fraß von dieser Firma ist doch einfach grauenvoll. Da brauchen wir die Dezentralisierung und ein anderes Essen.

(Beifall)

Wenn das die Qualität der Privatisierung ist - danke! Dabei kommt es mir wirklich nur hoch. Das ist nicht das Ziel, das anzustreben ist. Wir brauchen Qualität, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen für die Leute. Das wird sich dann auch im Konsum und in anderen Dingen niederschlagen, auch wenn es das Problem der Krise nicht löst, wie es hier falsch in dem Antrag steht.

Den Punkt 6. des Antrags lehne ich ab. Dem Rest des Antrages stimme ich zu. Ich mag keine Diener. Ich halte das Konzept der Ortsdiener und diese Ordnungsfunktion, die damit zusammenhängt, für völlig falsch.

Es tradiert eine Falschentwicklung durch Rot-Grün mit der Agenda 2010 fort, nämlich dass man eine völlige Entregelung geschaffen hat. Das kann nicht das Ziel sein, diese Ein-Euro-Job-Kiste jetzt auf eine höhere Ebene zu heben. Mir fehlt die Mainova für Frankfurt. Gerade der Energiebereich hätte da mit hineingemusst, das fehlt mir ganz stark. Aber von diesen Fehlern einmal abgesehen ist das die richtige Richtung. Es ist eine gute Grundlage. Wenn man es ernst damit meint, dass man für die Menschen etwas tun will, dann kann man dem eigentlich nur zustimmen. Wirtschaftspolitisch oder wirtschaftswissenschaftlich ist das jedenfalls völlig daneben, was Sie hier vorgetragen haben.

Danke!

(Beifall)